VIERTELJAHRSCHRIFT FÜR
SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

BEIHEFTE

HERAUSGEGEBEN VON
HANS POHL,
RAINER GÖMMEL, FRIEDRICH-WILHELM HENNING,
KARL HEINRICH KAUFHOLD,
FRAUKE SCHÖNERT-RÖHLK, WOLFGANG ZORN

Nr. 106

[illegible]
STADT-
BIBLIOTHEK
KÖLN
A

FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1993

ECKART SCHREMMER (Hrsg.)

GELD UND WÄHRUNG VOM 16. JAHRHUNDERT BIS ZUR GEGENWART

REFERATE DER 14. ARBEITSTAGUNG
DER GESELLSCHAFT FÜR
SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE
VOM 9. BIS 13. APRIL 1991
IN DORTMUND

FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1993

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart :
vom 9. bis 13. April 1991 in Dortmund / Eckart Schremmer
(Hrsg.). - Stuttgart : Steiner, 1993
(Referate der ... Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ; 14) (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte : Beihefte ; Nr. 106)
ISBN 3-515-06220-3
NE: Schremmer, Eckart [Hrsg.]; Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Referate der ...;Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte / Beihefte

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen. © 1993 by Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart.
Druck: Druckerei Peter Proff, Eurasburg.
Printed in Germany

Vorwort

Der vorliegende Band enthält die überarbeiteten Referate, die auf der 14. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Dortmund gehalten und mit den Tagungsteilnehmern diskutiert wurden. Das Thema der Tagung „Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart" wurde auf der Mitgliederversammlung in Heidelberg 1989 beschlossen. Damit ergab sich eine gute Verknüpfung mit den Ergebnissen der 7. Arbeitstagung der Gesellschaft im März 1977 in Göttingen, die „Weltwirtschaftliche und währungspolitische Probleme", wiederum in langfristiger Sicht, aufgegriffen hatte.

Die Dortmunder Tagung fand statt auf Einladung des Westfälischen Wirtschaftsarchivs. Die Vorbereitung und die Organisation vor Ort lagen in den Händen von Herrn Prof. Dr. Ottfried Dascher und Mitarbeitern. Ihnen ist dafür ganz besonders zu danken.

Heidelberg, im Juni 1992 Eckart Schremmer

Eckhard Wandel

Die Rolle der Banken bei der Finanzierung der Aufrüstung und des Krieges 1933 bis 1945

Die Quellenlage für dieses Thema ist außerordentlich problematisch. Die Bankenstatistik der nationalsozialistischen Zeit weist nämlich eine Vielzahl getrennter Teilstatistiken für einzelne Bankengruppen oder Institute bestimmter Rechtsformen auf. Ihre Aufbereitung wurde sowohl vom Statistischen Reichsamt als auch von der Reichsbank vorgenommen. In dem von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Statistikband „Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1866 bis 1975" wurde der Versuch unternommen, eine Bankenstatistik für alle Bankengruppen zu präsentieren und zu einem Gesamtergebnis zusammenzustellen. Ich habe dieses statistische Material ab 1939 soweit möglich mit Unterlagen des Statistischen Reichsamtes sowie der Zwischenausweisstatistik der Reichsbank ergänzt. Die nunmehr zugänglichen Materialien der volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank, die sich in der Potsdamer Niederlassung des Bundesarchivs befinden, bringen keine neuen Erkenntnisse: Die Statistik über alle Kreditinstitute enthält z.B. nicht die Zahlen der Privatbankiers oder die der Geldinstitute der Post. Außerdem sind die für unser Thema wichtigen Zahlen der Versicherungswirtschaft nicht in der Statistik der Reichsbank erfaßt.

Während das Zahlenmaterial bis zum Kriegsausbruch einigermaßen vollständig veröffentlicht wurde, gilt dies für die Kriegszeit nicht mehr. Ab 1940, das heißt für das Jahr 1939, wurde die Jahresbilanzstatistik des Statistischen Reichsamts nicht mehr veröffentlicht, so daß nur noch unveröffentlichte Unterlagen der Reichsbank zur Verfügung stehen. Aber auch diese sind nicht vollständig oder extrem stark aufgeschlüsselt, so daß ein Gesamtüberblick nur schwer möglich ist. So unterscheidet die Reichsbankstatistik zwischen Berliner Großbanken, Provinzbanken mit Filialnetz, Speziai- und Hausbanken, sonstige Kreditbanken, gemischte Hypothekenbanken, Staatsbanken, Girozentralen und Landesbanken, landschaftliche Banken, öffentlich-rechtliche Bodenkreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Sparkassen, Zentralkassen, die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse, gewerbliche und ländliche Kreditgenossenschaften, Privatbankiers, Postscheck- und Postsparkassenämter sowie Bausparkassen.

Ab 1940 wird die Statistik insofern weiter kompliziert, als sie die Zahlen Österreichs und des Sudetenlandes beinhaltet. Die Probleme in der Statistik des deutschen Kreditwesens 1933–45 sind so groß, daß eine gesondere Untersuchung mit dem Titel „Quellen-Probleme der Bankengeschichte 1939 bis 1945" angebracht ist.

Die nachfolgende kurze Untersuchung gliedert sich in folgende Teile:
1. Die Rolle der Banken bei der Finanzierung der Aufrüstung bis 1939.
2. Die Rolle der Banken bei der Finanzierung des Krieges bis 1945.

Gerade über den letzten Zeitraum ist in Anbetracht der Quellenlage nur wenig Literatur vorhanden. Das Thema umfaßt nicht nur Banken im eigentlichen Sinne, sondern auch Sparkassen und andere Kreditinstitute, die sich z.T. selbst nicht als Banken verstanden.

1. Der Anteil der Banken bei der Finanzierung des Aufschwungs 1933 bis 1939

Bereits Ende 1933 war die Zahl der Arbeitslosen von 4. Mill. gegenüber 6 Mill. zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung Anfang 1933 gefallen. Die psychologischen Gründe, die Hoffnung auf eine allgemeine Besserung, die von der Nationalsozialistischen Regierung geförderte „Aufbruchstimmung" dürften für einen schnellen Rückgang der Arbeitslosen nicht weniger beigetragen haben als die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen selbst. Die schnelle Abnahme der Arbeitslosigkeit 1933 zeigt, daß die Konjunkturwende bereits 1932 erfolgt ist und daß die zaghaft begonnenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung Papen und Schleicher der neuen Regierung zugute gekommen sind. Die ökonomischen Analysen der deutschen Volkswirtschaft in den Jahren 1933 bis 1939 vermitteln meist den Eindruck, daß im Jahre 1933 die Arbeitsbeschaffung dominierte, in den Jahren 1934 und 1935 die Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung nebeneinander herliefen und erst ab 1936/37 die Rüstung und Autarkiepolitik überwog. In Wirklichkeit waren Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung als Kernstück der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik von Anfang an eng miteinander verflochten. Eine gute Übersicht hierzu bietet die 1976 in Tübingen erschienene Dissertation von Jürgen Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933–1936.

Tabelle 1 zeigt die Wehrmachtsausgaben und öffentliche Investitionen bis 1938. Tatsächlich sind die Ausgaben bereits 1934/35 stark angestiegen und haben sich bis 1936/37 nochmals verdoppelt. Nachdem sich der Reichshaushalt 1933 nur auf ca. 10 Mrd. belief, konnten derartig hohe Summen für zusätzliche Investitionen weder druch Steuern noch durch langfristige Anleihen finanziert werden. Es blieb daher nur die Finanzierung der schwebenden Staatsschuld übrig. Das System der „Vorfinanzierung" stellt eine getarnte Erhöhung der schwebenden Staatsschuld dar. Die Geld- und Kreditpolitik der Reichsbank, die diese „Vorfinanzierung" ermöglichte, muß daher als das Kernstück des damaligen deutschen Wirtschaftswunders bezeichnet werden.

Anders als in den Vereinigten Staaten, in denen die Vollbeschäftigung nach der großen Krise erst 1940 mit dem Eintritt in den Krieg erreicht werden konnte, stellten sich im Deutschen Reich deutlich sichtbare Erfolge ein:

Tabelle 1: Wehrmachtsausgaben und öffentliche Investitionen 1932–1938 (in Mio. RM)

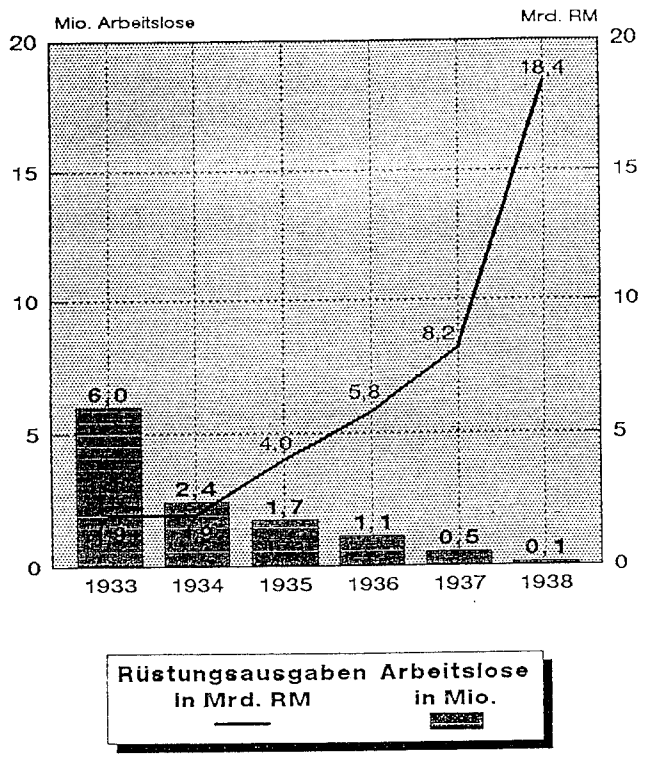
	1932/33	1933/34	1934/35	1935/36	1936/37	1937/38	1938/39
Heer	457	478	1.010	1.392	3.020	3.990	9.137
Marine	173	192	297	339	448	679	1.632
Luftwaffe	–	76	642	1.036	2.225	3.258	5 026
RKM (OKW)	–	–	3	5	125	346	452
Wehrmachtshh.*	630	746	1.952	2.772	5.821	8.273	17.247
Mefo-Wechsel	–	–	2.145	2.715	4.452	2.688	–
Wehrmachtsausgaben	630	746	4.097	5.487	10.273	10.961	17.247
übrige öffentliche Investitionen	1.970	2.430	3.460	3.890	4.220	4.620	5.530
öffentl. Investitionen insgesamt	2.600	3.176	7.557	9.377	14.493	15.581	22.777
Wehrmachtsausgaben in % der ges. öffentl. Investitionen	24,2	24,1	54,2	58,5	70,8	70,3	75,7

Quelle: Haushalte des Reichswehrministeriums, in: BAR 2/5156; BAR 2/5178; BAR 2/5201. Memorandum Schachts Hitler über „Finanzierung der Rüstung" vom 3. 5. 1935, in: MA Wi IF 5.203, fol. 421ff. *Heinrich Stuebel*: Die Finanzierung der Rüstung im Dritten Reich, in: Europa-Archiv, 6. Jg. (1951), S. 4129. *Lutz Graf Schwerin von Krosigk*: Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen-Stuttgart 1951, S. 188. *R. Erbe*: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 25.
* = offizieller Wehrmachtshaushalt

Im August 1934 waren nur noch 2,4 Mill. Arbeitslose, 1935 1,7 Mill., 1936 1,1 Mill. und 1937 500.000 Arbeitslose registriert. Schon z.Zt. der Berliner Olympiade 1936, spätestens ab Mitte 1937, war Vollbeschäftigung erreicht. Der Index der deutschen Rüstungsproduktion entwickelte sich bis 1938 wie folgt: wenn 1938 gleich 100 % angesetzt wird, lag die Produktion in den Jahren 1933 und 1934 bei 10 %, 1935 bei 20 %, 1936 bei 30 % und 1937 bei 45 % der Jahresproduktion für 1938. Erst 1937 auf 1938 verdoppelte sich die Rüstungsproduktion. Zu dieser Zeit war jedoch Vollbeschäftigung bereits erreicht. Es ist daher offensichtlich, daß die Nationalsozialisten die Arbeitslosigkeit nicht durch Rüstungsaufträge überwunden haben, wie dies allgemein angenommen wird und auch in der Literatur zum Ausdruck kommt. Die entscheidende Abnahme der Arbeitslosen erfolgte in den Jahren 1933 bis 1936, in denen die Rüstung noch keine ausschlaggebende Rolle spielte. Die graphische Darstellung der Korrelation, Arbeitslosigkeit und Rüstungsausgaben zeigt diesen Zusammenhang.

Die genaue Summe der Aufrüstungskosten ist nicht bekannt. Die Angaben schwanken zwischen den 90 Mrd., die Hitler vor dem Deutschen Reichs-

Rüstungsausgaben und Arbeitslose 1933–1938



tag am 1. September 1939 angegeben hatte und den 34,2 Mrd., die Schacht vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg nannte. Dazwischen stehen Angaben aus dem Reichsfinanzministerium, die die Ausgaben für die Aufrüstung aus dem Reichshaushalt und durch Mefowechsel in der Zeit von 1933 bis März 1939 mit 48,9 Mrd. bezifferten. Bis zum Kriegsausbruch am 1. September kamen noch 12 Mrd. hinzu, so daß sich die Ausgaben für die Aufrüstung auf ca. 60 Mrd. RM beliefen. Diesen Zahlen stehen im gleichen Zeitraum Ausgaben zur Arbeitsbeschaffung in Höhe von höchstens 5,5 Mrd. RM gegenüber. Diese Zahlen bezogen sich nur teilweise auf die materielle Richtung; große Teile aber flossen als Besoldungsaufwand in Form von Einkommen an die Reichswehr bzw. an die Wehrmachtsangehörigen.

Tabelle 2 zeigt die Ausgaben des Deutschen Reiches, wie sie im Statistischen Handbuch von Deutschland veröffentlicht sind. Diese Aufstellung zeigt, daß erst 1938 die Militärausgaben weit über die Zivilausgaben hinausgingen.

Tabelle 2: Der deutsche Reichshaushalt 1933–1939 (in Mrd. RM)

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939 (bis Aug.)	Zus.
Wehrmacht	1,9	1,9	4,0	5,8	8,2	18,4	19,8	60,0
Zivil	6,2	8,5	8,8	10,0	11,9	13,4	0,2	59,0
zus.:	8,1	10,4	12,8	15,8	20,1	31,8	20,0	119,0
Diesen Ausgaben standen als Einnahmen gegenüber:								
Steuern	6,9	8,3	9,7	11,6	14,0	18,2	10,0	87,7
Schulden-aufnahme	0,1	2,2	4,8	6,7	5,8	7,5	6,6	33,6
sonst. Einn.	–	–	–	–	–	–	–	6,7
	7,0	10,4	14,5	18,3	19,8	25,7	16,6	119,0

Quelle: Lutz Graf Schwerin von Kronigk: Staatsbankrott, Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1920/1945, Frankfurt/Zürich 1974, S. 228.

Der Anstieg der Ausgaben für die Wehrmacht von 8,2 Mrd. RM (1937) auf 18,4 Mrd. RM im Jahre 1938 beruht u.a. auf den Kosten für den Westwall, den Einmarsch nach Österreich und der Vollmobilmachung in der Sudetenkrise von 1938.

Bei den Einnahmen fällt auf, daß die Steuereinnahmen von rd. 7 Mrd. 1933 auf über 18 Mrd. 1938 erhöht haben. Die Schuldenaufnahme war im Vergleich zum Volkseinkommen und zum Reichshaushalt durchaus moderat. Allerdings stieg der Anteil der Rüstungsausgaben an den gesamten Ausgaben des Deutschen Reiches von Jahr zu Jahr stark an. War der Anteil der Rüstungsausgaben 1933 noch 8 % der gesamten Reichsausgaben, so belief sich dieser Anteil 1935 schon auf 39 % und stieg im Jahre 1938 auf rd. 60 % an. Entsprechend schnell stieg der Anteil der Rüstungsausgaben am Volkseinkommen. 1933 lag dieser Anteil noch bei 1,6 %, 1938 bereits bei 19,7 %. Zum Vergleich gaben 1938 England 12 % und Frankreich 17 % ihres Volkseinkommens für die Aufrüstung aus.

Wie aus der Tabelle 2 deutlich wird, stieg die Verschuldung des Reiches bis 1939 auf etwa 33 Mrd. RM. Nachdem diese Summe offiziell nicht finanziert werden konnte, setzte der Nachfolger Luthers im Amt des Reichsbankpräsidenten, Hjalmar Schacht, die Mefo-Wechselfinanzierung ein. Die Technik dieser Rüstungsfinanzierung war bis zum Kriegsende der Öffentlichkeit unbekannt. In ihrer genauen Höhe waren die Mefo-Wechsel neben Schacht nur dem Reichswehrminister, nicht aber dem Reichsfinanzminister bekannt. Mit einer Gesamthöhe von 12 Mrd. Betrug der Anteil der Mefo-Wechsel an der gesamten Rüstungsfinanzierung bis zum Kriegsbeginn in Höhe von 60 Mrd. nur 20 %. Das System der Mefo-Wechsel-Finanzierung ist in dem

Abschnitt „Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich" im 3. Band der Deutschen Bankengeshcichte ausführlich beschrieben.

Die Geldbeschaffung für die Aufrüstung begann erst im Spätsommer 1934. Schacht hatte Hitler nach der Machtübernahme versichert, daß durch die Reichsbank, das was produziert werden könne, auch finanziert werden könne. Wir können daher davon ausgehen, daß Hitler selbst sich nicht mehr um Details der Finanzierung wie z.B. das Mefo-Wechselsystem gekümmert hat, da er sich auf seinen „Zauberer Schacht" wohl verlassen hat.

Das Mefo-System war eigentlich recht einfach. Es wurde eine Gesellschaft mit einem eingezahlten Kapital von 1 Mill. Mark errichtet. Die Kapitalgeber waren zu je 1/4 die Siemens AG, die Gutehoffnungshütte, Rheinstahl und Krupp. Lieferanten staatlicher Aufträge stellten für ihre Lieferungen Wechsel aus, die von der Metallurgischen Forschungsgesellschaft, abgekürzt Mefo, akzeptiert wurden. Das Reich haftete für alle Verpflichtungen der Mefo, also auch für die Mefo-Wechsel. Damit waren die formalen Erfordernisse eines Handelswechsels erfüllt. Es handelte sich um die Finanzierung von Warenlieferungen. Die Mefo-Wechsel waren daher Warenwechsel. Es hafteten aus ihnen drei Verpflichtete: der Aussteller/Lieferant, der Akzeptant/Mefo sowie das Reich. Die Berechtigung dieser Wechsel zu diskontieren war daher durch die Reichsbank gegeben. Neu war im Gegensatz zu den bereits früher im Rahmen der Vorfinanzierung verwendeten Arbeitsbeschaffungswechsel aber folgendes:

Die Mefo-Wechsel, die formgerecht 3 Monate liefen, erhielten von der Reichsbank die Zusage einer jeweiligen Verlängerung von bis zu 5 Jahren. Eine Prolongation auf 5 Jahre war durchaus ungewöhnlich und neu. Noch ungewöhnlicher war eine andere Bestimmung: die Reichsbank verpflichtete sich, jeden Mefo-Wechsel jederzeit abzunehmen und in Geld auszuzahlen. Der Wechselzins wurde auf 4 % festgesetzt. Dadurch erhielten die Mefo-Wechsel nahezu den Charakter von verzinslichem Geld. Die Mefo-Wechsel konnten von Banken, Sparkassen oder auch Firmen genauso wie bares Geld als Kasse gehalten werden. Sie erwiesen sich als gut verzinsliche Liquiditätsanlage zum Unterschied von langfritigen Wertpapieren. Als die Banken infolge der steigenden Kreditansprüche der Wirtschaft und der damit einsetzenden Kapitalknappheit nicht mehr in der Lage waren, die Mefo-Wechsel in portefeulle zu halten, sondern sie zunehmend der Reichsbank einreichten, stellte die Reichsbank das Mefo-Wechselsystem mit einem Stand von insgesamt 12 Mrd. RM 1938 ein. Im Lichte der heutigen Betrachtung ist dieses System durchaus als legal anzusehen, zumal es nicht zu einer Inflation geführt hat. Das System führte jedoch dazu, daß weder die Bevölkerung noch das Bankwesen den genauen Umfang der Kreditfinanzierung kannte, so daß die noch frische Erinnerung an die Inflation 1923 nicht zu einer neuen Inflationserwartung geführt hat. In der Zeit von 1933 bis 1938 ist es nicht nur gelungen, das Steuereinkommen um über 10 Mrd. anzuheben, sondern es gelang der

Reichsbank auch, 8 Mrd. Mark Reichsanleihen im Publikum zu plazieren. Bis 1938 hat das Mefo-System gut funktioniert. Der Reichsfinanzminister erhielt jedoch Ende 1938 von Hitler die Anweisung, die ab 1939 fällig werdenden 3 Mrd. Mefo-Wechsel nicht zu bezahlen. Dies geschah, obwohl das Reich über genügend Mittel verfügte, die Hitler jedoch für weitere Aufrüstungen einsetzen wollte. Folgerichtig überreichte das Reichsbankdirektorium Anfang 1939 Hitler ein Memorandum, in dem sie sich weigerte, dem Reich weiteren Kredit zu geben. Reichsbankpräsident und Direktorium wurden entlassen. Das Faksimile dieses Memorandums ist in dem 1976 von der Bundesbank herausgegebenen Sammelband „Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975" abgedruckt.

Nach der Entlassung Schachts war der Weg frei für eine ungehemmte Finanzierung der Aufrüstung. Im Gesetz über die Deutsche Reichsbank vom 15. Juni 1939 bestimmte § 1, daß die Reichsbank dem Führer und Reichskanzler unterstellt ist und daß die Reichsbank nach den Weisungen und unter der Aufsicht des Führers und Reichskanzlers geleitet und verwaltet wird. Damit war die totale Abhängigkeit der Reichsbank von der Nationalsozialistischen Reichsregierung gesetzlich festgelegt. Mit dem neuen Reichsbankgesetz wurden alle wesentlichen, die Geldschöpfung der Reichsbank einengenden Vorschriften beseitigt. Die Begrenzung für den Ankauf von Schatzwechseln an das Reich entfielen. Das Reich konnte wie im Ersten Weltkrieg Schatzwechsel ausgeben. Hilfskonstruktionen wie das Mefo-System usw. konnten entfallen. Eine indirekte und unbegrenzte Reichsfinanzierung durch die Notenbank war jetzt möglich.

Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Finanzierung des Reichshaushaltes als unbedenklich und erfolgreich angesehen werden. Allerdings war die Verwendung dieser Mittel zum überwiegenden Teil für Rüstungszwecke verwerflich. Bereits ab 1936 wurde eine drohende Inflation durch einen allgemeinen Preisstop verhindert.

Wie bereits dargestellt, war eine so schnelle Aufrüstung volkswirtschaftlich keinesfalls notwendig, da bereits 1936/37 Vollbeschäftigung erreicht war.

Die Banken nahmen an der Finanzierung des Reichshaushaltes bis 1939 im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten teil, d.h. sie haben nicht nur Obligationen übernommen und an das Publikum weitergereicht, sondern haben auch bei der Vorfinanzierung mitgewirkt. Von den 12 Mrd. Mefo-Wechseln sind 6 Mrd. zum Diskont bei der Reichsbank vorgelegt worden. Dies bedeutet, daß weitere 6 Mrd. entweder bei den Lieferanten oder aber bei den Banken als verzinsliche Geldanlage zurückgehalten wurden. Hier waren sicher die Berliner Großbanken maßgeblich beteiligt, da die Rüstungsindustrie damals weniger mit Sparkassen oder anderen Bankgruppen zusammengearbeitet hat.

2. Die Rolle der Banken bei der Finanzierung des Krieges bis 1945

Als am 1. September 1939 der Krieg ausbrach, mußte an den Finanzierungsmethoden relativ wenig geändert werden. Durch die Bestimmung im Reichsbankgesetz, daß der Führer und Reichskanzler den Höchstbetrag an Schatzwechseln der von der Reichsbank angekauft werden kann, bestimmt, wurde die deutsche Währung praktisch zu einer Papierwährung. Nachdem die gesetzliche Begrenzung für den Ankauf von Schatzwechseln und die Gewährung von Betriebsmitteln an das Reich entfiel, stand eine unbeschränkten Rüstungsfinanzierung nichts mehr im Wege. Insofern stellt das Reichsbankgesetz vom Juli 1939 aus heutiger Sicht einen Akt finanzieller Rüstung für den Eventualfall dar. Im Zweiten Weltkrieg hat sich das Reich bei der Kreditaufnahme im wesentlichen der sogenannten „geräuschlosen Finanzierungsmethode" bedient. Die beste Darstellung dieser Finanzierungsmethode befindet sich in dem vom früheren Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk verfaßten und 1974 erschienen Buch „Staatsbankrott – Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1920/1945".

Der weitaus größte Anteil der ausgegebenen Anleihen wurde nicht über die Börse, d.h. nicht beim sparenden Publikum, sondern bei den Kreditinstituten untergebracht. Die Regierung wünschte nicht, daß die Finanzlage des Reiches öffentlich diskutiert wurde und untersagte sowohl in der Aufrüstungsperiode als auch im Krieg die öffentliche Auflegung von Anleihen. Die Finanzierung erfolgte daher weitgehend geräuschlos bei den Kreditinstituten, die ihre Einlagen überwiegend in Reichstiteln anlegten. Der Sparer wurde daher mittelbar, ohne es zu merken, Gläubiger des Reiches. Hauptkreditgeber des Reiches wurden auf diese Weise Sparkassen, Kreditbanken und Genossenschaften, die bei Kriegsende 51 % der Reichschuldtitel hielten, gefolgt von der Reichsbank (21 %) und den Versicherungsunternehmen (6,4 %). Der Restanteil von 17,2 % entfiel auf weitere Geldgeber, vor allem in den besetzten Gebieten. Für diese geräuschlose Kriegsfinanzierung konnten psychologische Gründe geltend gemacht werden. Kriegsanleihen haftete aus der Zeit des Ersten Weltkrieges das Odium inflationärer Geldentwertung an. Neben psychologischen Erwägungen sprach für die geräuschlose Kriegsfinanzierung vor allem, daß sie einfacher und effizienter als das Begeben von Anleihen war. Das Verfahren, öffentliche Mittel in großem Stil auf geräuschlosem bzw. geräuscharmen Wege, man spricht auch von „lautlosem" oder „rollendem" Verfahren, zu beschaffen, war keine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern wurde von allen kriegsführenden Mächten angewandt. Die geräuschlose Kriegsfinanzierung setzte voraus, daß die Geldströme so gelenkt werden konnten, daß das Geld auch zu den Geldsammelstellen floß. Wesentliches Mittel war die Warenbewirtschaftung. Da Preise und Löhne stabil gehalten werden konnten, und der Eindruck von Geldwertstabilität entstand, das Horten von Bargeld verboten war, erschien das Sparen als sinnvolle und alternativlose Geldverwendung. Das Ansteigen der Spar- und Giroeinlagen erklärt sich aus diesen Zwangsmaßnahmen. Niemand war bereit oder hatte es nötig, Sachwerte zu verkaufen. Und niemand konnte über seine Bezugsscheine hinaus Geld verbrauchen. So sammelte sich die überschüssige Liquidität auf den Konten der Banken und Sparkassen an. Nachdem von privater Seite kaum Kreditnachfrage bestand, waren die Kreditinstitute froh, ihre Liquidität in verzinslichen Staatspapieren anlegen zu können. Die Attraktivität des Sparens wurde durch eine Reihe von weiteren Maßnahmen wie Steuervergünstigungen, „eiserne" Sparkonten etc. erhöht. Die Spareinlagen sowie die Sicht- und Termineinlagen stiegen daher zwischen 1939 und 1944 dramatisch an. Bis Mitte 1944 hatte das Reich keine Probleme, seine Schuldtitel unterzubringen. Obwohl das Ausmaß der Staatsverschuldung bis zum Kriegsende verborgen

Tabelle 3: Die Reichausgaben 1939–1945 (in Mrd. RM) und seine Finanzierung

Zeitraum	Wehrmacht macht	Familien-unterhalt	Wehr-macht zus.	Andere (zivile) Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Steigerung in %
1. Kriegsj.	38,03	3,20	41,23	22,31	63,54	–
2. Kriegsj.	55,89	4,27	60,16	27,04	87,20	27 %
3. Kriegsj.	72,31	5,18	77,48	32,15	109,63	38 %
4. Kriegsj.	86, 24	4,89	91,13	45,88	137,01	40 %
5. Kriegsj.	105,00	5,80	110,80	50,00	160,80	57 %
1. 9. 1944– 8. 5. 1945	60,00	4,20	64,20	35,00	99,20	–
zusammen	417,47	27,53	445,00	212,38	657,38	

Der Geldbedarf des Reiches während des Krieges, der sich auf insgesamt 657,4 Milliarden RM belief, wurde wie folgt finanziert

I. Ordentliche Einnahmen		
a) Aufkommen aus Steuern und Zöllen	184,8 Mrd. RM =	28,1 v.H.
b) Sonstige Einnahmen		
aa) aus dem Inland	45,0 Mrd. RM =	6,9 v.H.
bb) aus dem Ausland	85,0 Mrd. RM =	12,9 v.H.
Summe I	514,8 Mrd. RM =	47,9 v.H.
II. Kreditmittel		
a) Lang- und mittelfristige Kredite	117,1 Mrd. RM =	17,8 v.H.
b) Kurzfristige Kredite	225,5 Mrd. RM =	34,3 v.H.
SummeII	342,6 Mrd. RM =	52,1 v. H.
Gesamter Geldbedarf (Summen I und II)	657,4 Mrd. RM =	100,0 v. H.

Quelle: Eckhard Wandel: Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich 1933–1945, in: Deutsche Bankengeschichte, Band 3, Frankfurt/Main 1983, S. 190.

blieb, hing die geräuschlose Kriegsfinanzierung doch vom Vertrauen der Bevölkerung ab. Ab Mitte 1943 stieg der Bargeld- und Notenumlauf von 38 auf 67 Mrd. an. Das Reich konnte nur noch einen Teil seiner Schuldtitel unterbringen. Als Ausweg blieb die verstärkte Inanspruchnahme der Notenpresse. Die Gesamtausgaben betrugen von 1939 bis zum Kriegsende 657 Mrd. RM.

Tabelle 3 zeigt, daß immerhin 48 % aller Reichsausgaben bis 1945 durch ordentliche Einnahmen, d.h. Steuern, Zölle und sonstige Einnahmen gedeckt wurden. Bei den sonstigen Einnahmen handelte es sich um Einnahmen aus reichseigenen Unternehmen sowie Überschüssen von Reichspost und Reichsbank. Im Krieg sind zudem aus dem Inland stammende Einnahmen Kriegsbeiträge der Länder und Gemeinden, des Protektorats Böhmen und Mähren sowie des Wehrbeitrags des Generalgouvernements Polen hinzugekommen. Bei den dem Reich aus dem Ausland zugeflossenen Einnahmen handelt es sich fast ausschließlich um die Erstattung von Besatzungskosten durch die besetzten Länder und das Reich. Allein Frankreich bezahlte 31,6 Mrd. RM Kontributionen für Besatzungskosten.

52,1 % oder 342,6 Mrd. RM der gesamten Reichausgaben mußten durch Kredite finanziert werden. Darauf entfielen 117 Mrd. RM auf lang- und mittelfristige Kredite und 225,5 Mrd. RM auf kurzftistige Kredite.

Über die Finanzierung der Reichsausgaben geben **Tabellen 4 und 5** Aufschluß.

Das Verhältnis der Reichseinnahmen bis einschließlich 1944 zwischen Steuern auf der einen und Kreditmitteln auf der anderen war relativ ausgeglichen. Seit Sommer 1944 wurden immer mehr Kredite benötigt, weil sie in der Schlußphase des Krieges sowohl der Steueraufkommen durch Ausfall von Unternehmungen als Steuerzahler als auch die sonstigen Einnahmen, insbesondere durch Fortfall der Besatzungskontributionen ständig verringert hat. Tabelle 5 zeigt, daß in der Endphase des Krieges insbesondere die kurzfristigen Schatzwechsel des Reiches dramatisch anstiegen. Die gesamte Reichsschuld stieg vom 1. September 1939 von 37,4 Mrd. auf 380 Mrd. bis zum Kriegsende an. Dabei war die tatsächliche Schuld des Reiches noch höher, da Mefo-Wechsel und Bürgschaften nicht erfaßt waren und auch noch offene Rechnungen hinzu kamen. Nicht nur das Tempo der Verschuldung ist von Jahr zu Jahr schneller gewachsen, sondern die Schuldenaufnahme hat sich zunehmend auf kurzfristige Kredite verlagert. Bei Kriegsende befand sich der größte Teil der vom Reich ausgegebenen Schuldtitel im Besitz der Sparkassen, genossenschaftlichen Kreditinstituten und Großbanken, sowie der Träger der Lebens- und Sozialversicherungen. In Ermangelung anderer Anlagewerte waren diese Institute zum Erwerb dieser Titel praktisch gezwungen. In den letzten Monaten des Krieges traten dann Anzeichen einer zurückgestauten Hochinflation auf, das System der geräuschlosen Kriegsfinanzierung versagte. Die gefährlichste Form der Reichsverschuldung war die Finanzierung

Tabelle 4: Die Einnahmen des Reiches (in Mrd. RM)

Zeitraum	ordentl. Einnahmen RM	ordentl. Einnahmen %	Kredit-mittel RM	Kredit-mittel %	Geld insgesamt RM
1. Kriegsjahr	31,9	52,3	29,1	47,7	61,0
2. Kriegsjahr	45,7	50,6	44,7	49,4	90,4
3. Kriegsjahr	56,3	50,2	55,8	49,8	112,1
4. Kriegsjahr	79,1	55,7	62,9	44,3	142,0
5. Kriegsjahr	69,3	44,9	85,0	55,1	154,3
1. 9. 1944–8. 5. 1945	32,5	33,3	65 1	66,7	97,6
zusammen	314,8	47,9	342,6	52,1	657,4

Tabelle 5: Entwicklung der Reichsschuld 1939–1945 (in Mrd. RM)

Stichtag	Lang- und mittel-fristige Schulden	Schatz-wechsel	Steuer-gut-scheine	Sonstige Schulden	Inlands-schulden zusam.	Auslands-schulden	Gesamte Reichs-schulden
1. 9. 1939	23.910	8.340	3.230	750	36.230	1.200	37.430
31. 3. 1940	28.667	17.731	4.110	320	50.828	1.232	52.060
31. 3. 1941	46.556	36.123	3.654	2.140	88.437	1.212	89.649
31. 3. 1942	69.631	61.124	3.629	6.446	140.830	1.197	142.027
31. 3. 1943	90.898	94.736	1.244	9.557	196.435	1.185	197.620
13. 3. 1944	118.073	144.506	1.045	10.431	274.055	1.168	275.223
31. 3. 1945	140.000	220.000	950	11.400	372.350	1.150	373.500
8. 5. 1945	141.000	225.500	900	11.500	378.900	1.100	380.000

Quelle: Eckhard Wandel: Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich, a.a.O., S. 191f.

durch den Notendruck. Der letzte Reichschuldenausweis wie eine schwebende Reichsschuld in Höhe von 321,9 Mrd. RM aus.

Im April 1945 besaß Deutschland keine einheitliche zentrale Wirtschaftsorganisation mehr. Das galt auch für das gesamte deutsche Bankwesen. Der Zusammenbruch ereignete sich nicht überall gleichzeitig, sondern erfolgte in immer schnellerer Folge mit den Bombenangriffen und dem Vorrücken der Alliierten und der Besetzung des Reichsgebietes. Der Zusammenbruch der deutschen Kreditwirtschaft hat sich parallel zum militärischen Zusammenbruch vollzogen.

Insgesamt war die Technik der Finanzierung des Zweiten Welzkriegs m.E. recht beachtlich und aus Sicht der nationalsozialistischen Regierung durchaus erfolgreich.

Nach dem Kriege wurden von der amerikanischen Militärregierung in Deutschland vier Untersuchungsberichte über die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank und die Reichskreditgesellschaft angefertigt. Darin wurde der Anteil dieser Banken an der Rüstungs- und Kriegsfinanzierung dokumentiert. Die Ermittlungen gegen die Deutsche Bank und die Dresdner Bank sind 1984 in deutscher Übersetzung im Greno-Verlag erschienen. Herausgeber dieser Bände war der Arzt und Amateurhistoriker Roth und seine Hamburger Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik. Diese wurde von dem Hamburger Zigarettenerben Jan Reemtsma finanziert. Die Familie Reemtsma stellte während des Krieges mit Philipp Reemtsma nicht nur ein einflußreiches Mitglied für den Aufsichtsrat der Deutschen Bank, sondern zählte zu den Hauptgeldgebern Görings. Der Band über die Deutsche Bank enthält nicht die Ergebnisse eines Prozesses, den die Deutschen Bank in Stuttgart gegen des DDR-Schriftsteller Czichon geführt hat. Der Tenor der Reports muß zudem vor dem Hintergrund des Morgenthauplans gesehen werden.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung und die personelle Verflechtung zwischen Aufsichtsrat, Vorstand und nationalsozialistischer Partei läßt sich zumindest bei der Deutschen Bank die Aussage von einer „Nazibank" nicht aufrecht erhalten. Dazu kommt, daß ein allumfassender Zugriff der nationalsozialistischen Regierung auf die Leitung der Großbanken, wie dies z.B. über die parteipolitisch gebundenen Vorsitzenden in den Sparkassenvorständen der Fall war, nicht erfolgte. Auch in den Verwaltungsräten der Sparkassen befanden sich häufig Gau- und Kreisleiter der NSDAP, wohingegen die Aufsichtsräte der Großbanken von teilweise parteipolitisch nicht weisungsgebundenen Industriellen besetzt waren. Innerhalb der Gesamtorganisation der deutschen Wirtschaft war bereits 1934 die „Reichsgruppe Banken" mit verschiedenen Unterorganisationen, das heißt Wirtschaftsgruppen, entstanden. Über diese Reichsgruppe war das gesamte Bankwesen letztlich zum Instrument der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik geworden. Auch das Kreditwesengesetz vom Dezember 1934 band alle Banken an die nationalsozialistische Regierungspolitik. Die Banken hatten die gesetzlichen Regelungen peinlichst genau einzuhalten. Selbst bei kleinsten Verstößen drohten Strafen – von der Geldstrafe über die Abberufung des Vorstandes bis zum Entzug der Geschäftserlaubnis.

Insofern war eine „natioalsozialistische Besetzung" der deutschen Banken überhaupt nicht notwendig: es verwundert daher auch nicht, daß die nationalsozialistische Regierung die nach der Bankenkrise 1930 verstaatlichten Großbanken, insbesondere die Dresdner Bank und die Commerzbank, deren Aktienkapital sich bei der Commerzbank zu 14 und bei der Dresdner Bank zu 69 % in den Händen des Reiches befand, bis 1937 wieder vollständig reprivatisiert hat.

Der Anteil der Großbanken an der geräuschlosen Kriegsfinanzierung war nicht so bedeutend wie dies bisher angenommen wurde und in den Untersuchungsberichten der amerikanischen Militärregierung zum Ausdruck kommt. Dem gegenüber standen die Sparkassen wegen ihrer öffentlichen Rechtsform zwangsläufig viel stärker unter staatlichem, d.h. nationalsozialistischem Einfluß. Die Bankenstatistik des Jahres 1945 zeigt folgendes Bild: 80 % der Bilanzsumme aller Sparkassen in Höhe von 100 Mrd. bestanden aus Spareinlagen, die zum überwiegenden Teil im Rahmen der geräuschlosen Kriegsfinanzierung an das Reich weitergeleitet waren. Bei einer Gesamtverschuldung des Reiches von 380 Mrd. RM bedeutet dies, daß allein die Sparkassen mit über 20 % an der Finanzierung der Staatsverschuldung beteiligt waren.

Bei einer Bilanzsumme von 32 Mrd. RM enthielten die Bilanzen der Großbanken nur rund 20 Mrd. RM Staatspapiere. Dies waren ca. 60 % der Bilanzsumme, was nur 5,3 % der Gesamtverschuldung des Reiches entsprach. Die Deutsche Bank besaß am 31. Dezember 1944 bei einer Bilanzsumme von 11,4 Mrd. RM für 7,5 Mrd. RM Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder. Bei einer Gesamtverschuldung des Reiches von 380 Mrd. waren dies eben 2 % der gesamten Reichsschuld.

Tabelle 6: Die Bilanzsummen des deutschen Kreditgewerbes 1939 im Vergleich zu 1932 (in Mrd. RM)

Bilanzsumme in Mrd. RM	1932	1939	Steigerungsrate %
Berliner Großbanken	8.803	10.144	15
Provinzbanken mit Filialnetz	970	2.791	288
Spezial- und Hausbanken	2.996	8.266	276
Gemischte Hypothekenbanken	1.674	2.240	34
Hypothekenbanken	6.377	6.522	2
Staatsbanken, Girozentralen und Landesbanken	8.8821	16.494	87
Staatsbanken	2.168	3.234	49
Girozentralen und Landesbanken	6.654	13.260	99
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank	948	2.880	204
Landschaftliche Banken	301	338	12
öffentlich-rechtliche Bodenkreditinstitute	3.407	3.750	10
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	2.337	3.976	70
Sparkassen	13.756	27.767	102
Zentralkassen	1.315	3.515	167
Deutsche Zentralgenossenschaftsbank	469	1.065	127
Gewerbliche Zentralkassen	168	668	298
Ländliche Zentralkassen	678	1.782	163
Kreditgenossenschaften	4.284	8.235	92
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	1.719	3.659	112
Ländliche Kreditgenossenschaften	2.565	4.576	78
Privatbankiers	2.099	1.464	-30

Summe der AG- und GmbH-Banken und

Tabelle 6 zeigt, daß sich die Bilanzsumme der Berliner Großbanken 1932 auf 15 % der Bilanzsumme aller erfaßten Kreditinstitute belief. Dieser Anteil sank bis 1939 auf 10 %. Dagegen stieg die Bilanzsumme der Sparkassen zwischen 1932 und 1939 um 102 % und die der Staatsbanken, Girozentralen und Landesbanken um 87 % an. In den Bilanzen der Spezial- und Hausbanken des Reiches fällt auf, daß allein 42 % der Bilanzsumme auf Wechselkredite u.a. Mefo-Wechsel entfiel. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die strukturelle Verschiebung innerhalb des deutschen Bankwesens in der Zeit nach 1933 darauf zurückzuführen ist, wie die einzelnen Gruppen in unterschiedlichem Maße an der Rüstungsfinanzierung beteiligt waren. Diese Analyse widerlegt die oft vertretene Meinung, daß die Großbanken bei der Finanzierung der Aufrüstung und des Krieges eine besonders starke Rolle gespielt haben.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank: Deutsches Geld- und Kreditwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt/M. 1975.

Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, herausgegeben vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949.

Boelke, Willi A.: Probleme der Finanzierung von Militärausgaben, in: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975.

Boelke, Willi A.: Die deutsche Wirtschaft 1930–1945, Düsseldorf 1983.

Born, Karl Erich: Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1977.

Erbe, René: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie, Stuttgart 1958.

Federau, Fritz: Der zweite Weltkrieg – Seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962.

Kroll, Gerhard: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

Milward, Alan S.: Der Zweite Weltkrieg, München 1977.

OMGUS: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946|1947, Nördlingen 1985.

OMGUS: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank 1946, Nördlingen 1986.

Petzina, Dietmar: Deutsche Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968.

Pohl, Manfred: Konzentration im deutschen Bankwesen 1848–1980, Frankfurt/M. 1982.

Schacht, Hjalmar: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

Schacht, Hjalmar: Abrechnung mit Hitler, Hamburg-Stuttgart 1948.

Schwerin von Krosigk, Lutz: Staatsbankrott, Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1920/1945, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1974.

Stucken, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914–1963, 3. Auflage, Tübingen 1964.

Wandel, Eckhard: Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich 1933–1945, in: Deutsche Bankengeschichte, Band 3, Frankfurt/M. 1983.

Wandel, Eckhard: Der OMGUS-Bericht über die Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, in: Bankhistorisches Archiv 1/1987.

Albrecht Ritschl

NS-Devisenbewirtschaftung und Bilateralismus in Zahlen:

Eine Auswertung der bilateralen Devisenbilanzen Deutschlands aus den Jahren 1938–1940

In der weltwirtschaftlichen Desintegration der dreißiger Jahre spielt Deutschland eine Sonderrolle. Das schon während der Bewältigung der Bankenkrise von 1931 inaugurierte, schrittweise perfektionierte System der Devisenbewirtschaftung mit seinem verwirrenden Geflecht gespaltener Wechselkurse hat in der Literatur große Beachtung gefunden. Während in der deutschen Diskussion mehr die institutionellen und politischen Begleitumstände seiner Verwirklichung im Vordergrund standen[1], haben amerikanische Autoren früh das Gewicht auf die theoretische Wirkungsanalyse gelegt. Child[2] unternahm den Versuch einer wohlfahrtstheoretischen Durchdringung des Aski- und Sperrmarksystems, während Hirschman[3] auf dem Felde der politischen Ökonomie um das Phänomen der bilateralisierten Außenwirtschaftsbeziehungen herum gleichsam eine ganze Theorie aufrichtete. Gerüstet mit der damals neuen Theorie bilateraler Oligopole versuchte Hirschman eine theoretisch fundierte Erklärung für die Ausbeutung der kleinen durch die großen Handelspartner, für welche das Dritte Reich mit seinem „System Schacht" gleichsam als Paradebeispiel erschien.

Bedingt durch die Geheimhaltung fast aller relevanten Daten zu Deutschlands Zahlungs- und Devisensituation in der Vorkriegszeit zeichnen sich diese frühen theoretische orientierten Studien durch den gemeinsamen Mangel an quantitativem Unterbau aus. Im folgenden soll versucht werden, diesen zumindest ansatzweise nachzuliefern und damit einen Forschungsstrang wiederaufzunehmen, der zum Ende der fünfziger Jahre mangels Datenkenntnis nicht weiterverfolgt werden konnte. Unser Erkenntnisinteresse gilt zunächst einer erneuten Betrachtung einiger Fragen, die in jener Diskussion offenblieben oder nur spekulativ beantwortet wurden. Eine Hauptrolle spielt hierbei die Frage, wann und in welchem Bereich es eine Autarkiepolitik gab, oder präziser: wie sich in den Ziffern der Einsatz des Außenwirtschaftsverkehrs zum Zwecke nationaler Machtpolitik widerspiegelt.

Hierbei richtet sich der Blick im besonderen auf einen Bestand von Zahlungs- und Devisenbilanzen, der in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums erhaltengeblieben ist. Neben Deutschlands Zahlungs- und Devisenbilanzen von 1938-41 enthält dieser Bestand eine Aufstellung bilateraler Devi-

1 Im neueren Schrifttum vgl. zum Überblick E. Teichert: Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939, München 1984.

2 F. Child: The Theory and Practice of Exchange Control in Germany, Den Haag 1958.

3 A.O. Hirschman: National Power and the Structure of Foreign Trade, Berkeley 1945.